

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Freitag

12. Juni 1925

Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Kundgebung des ADBB.

Gegen Wirtschaftsreaktion und Unternehmer-Deutschrift.

Der Bundesausschuss des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, der heute zu wichtigen Beratungen zusammengetreten ist, erlässt folgende Kundgebung:

Die am 12. Mai von der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Deutschrift über Arbeitstarifpolitik, Wirtschaftskrisis und Währung veranlaßt den Ausschuss des ADBB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik ernsthafte Verwahrung einzulegen. Die Unternehmer haben wiederholt in Deutschriften an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Machtmitteln verfolgten Standpunkt, durch Tiefschnitten der Löhne, verbunden mit noch weiterer Drosselung des Konsums der Massen, und durch unerträgliche Verlängerung der Arbeitszeit die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu rechtfertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern geforderten Weg als durchwegs falsch, als unerträglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun.

Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem

Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen

und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuerlegen.

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Ueber diese Tatsache kann der etwas höher stehende Lohn einiger weniger für die Gesamtwirtschaft der Zahl noch unbedeutender Gruppen von Facharbeitern nicht hinwegtäuschen. Die Löhne in den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, und selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, zeigen sie im Gegensatz zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die direkten Soziallasten sind, gemessen an der allgemeinen Geldverwertung, nicht über die Befassung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen.

Sowohl durch Entlassungsschutz und dergleichen früher eine indirekte Soziallast entstand, ist solche längst mit den Demobilisierungsbefreiungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, uneingeschränkt von sich aus die Arbeits- und Betriebsführung durchzuführen. Das Ausland, das bis zum Kriege auf sozialpolitischem Gebiet hinter Deutschland zurückstand, war genötigt, gleichfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Kosten sogar in einigen Ländern beträchtlich über die Aufwendungen der deutschen Wirtschaft hinausgehen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz heute nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der

einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, ist

unsinnig und beweislos.

Weder ist die behauptete Kostensteigerung beweisbar — Lohnhöhe und Soziallast beweisen sogar das Gegenteil —, noch kann die Vereinigung der Arbeitgeberverbände irgendeinen Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 Proz. gesunken sei. Die Arbeitsintensität ist allgemein gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegen. Stärkere Anspannung des einzelnen Arbeiters hat den Ausfall an Arbeitszeit mindestens ausgeglichen, wenn nicht überholt. Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit ist Deutschland im Wettbewerb nicht ungünstiger gestellt, weil auch das Ausland, meist in sehr viel stärkerem Ausmaße wie Deutschland, die Arbeitszeit verkürzt.

Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich

einsichtslosen Stellungnahme vieler Unternehmerkreise,

die noch wie vor kampflos bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die kapitalistisch ungesunden Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und sich wehren, endlich die nötigen Voraussetzungen für den notwendigen Preisabbau zuzuvollziehen. Der ADBB hat — bisher leider vergeblich — immer wieder auf die allein von Industrie, Handel und Banken zu schaffenden Voraussetzungen für eine endliche Gesundung hingewiesen.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Arbeitgeber sind, wie die Deutschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum

Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter

gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuss des ADBB seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefährlichen und tiefenwühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verelendung der Arbeiter zur Befundung führt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch höhere, zweckvolle Technisierung, energische Ausschaltung aller überflüssigen und verteuerten Glieder in Industrie, Handel und Geldverkehr, durch Beschränkung auf volkswirtschaftlich tragbare Gewinnquoten und durch endliche Preisgabe des durch Krieg und Inflation schädlich überspannten Produktionsapparats, ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen.

Der Bundesausschuss erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Herabdrückung des Lebenshaltungsniveaus des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihrem dem Volksganzen dienenden Bestreben jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.

Also doch Gegenseitigkeit!

Paris, 12. Juni. (WIB.) Nachdem Außenminister Briand nunmehr nach Paris zurückgekehrt ist, geben die Morgenblätter u. a. umzuwenden zu, daß der Sicherheitspakt, über den die französische Note sich ausspricht, einen gegenseitigen Charakter trage. Das könne, so schreibt „Petit Parisien“, in keiner Weise Beunruhigung hervorrufen. Großbritannien habe sich schließlich für die kontinentale Lage zu interessieren begonnen. Es verspreche heute Frankreich, wenn der Pakt abgeschlossen würde, mit allen seinen Streitkräften gegen jeden Angreifer an Frankreichs Seite zu treten. Es sei zwar wahr, daß es

Deutschland das gleiche Versprechen gebe,

weil der Pakt, wie Baldwin im Unterhause festgestellt habe, notwendigerweise einen gegenseitigen Charakter tragen müsse.

Russische Erpressungsversuche an Deutschland.

Moskau, 12. Juni. (WIB.) Die hiesigen politischen Kreise verfolgen aufmerksam den Verlauf der Verhandlungen über einen Sicherheitspakt. Die Sowjetregierung begeht den polnischen Annäherungsversuchen mit Entgegenkommen und erstreckt seine wohlwollende Haltung auch auf Frankreich. Der gestrige „Pravda“-Artikel und der heutige Leitartikel der „Iswestija“ greifen die, wie sie sagen, selbstfällige Politik Englands an, das die Isolierung Frankreichs und Rußlands anstrebe. Ein Uebereinkommen Frankreichs mit Rußland hinsichtlich der Orientfrage würde beiden Staaten ein Gegengewicht gegenüber England in Asien geben. Frankreich würde durch einen Sicherheitspakt daran gehindert werden, den polnischen und tschechoslowakischen Freunden im Falle eines Krieges mit Deutschland zu Hilfe zu kommen.

Der Zweck dieses Artikels, der offenbar von Radek stammt, ist ganz klar: Mit solchen Drohungen einer russisch-polnischen bzw. russisch-französischen Annäherung versucht Sowjetrußland Deutschland davon abzuhalten, einen Pakt einzugehen. Der Text ist plump und nicht einmal neu.

Segen der Privatwirtschaft.

Dividende den Aktionären — kein Brot, kein Wasser für das Volk.

Als das Nürnberger Einigungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Verlagen des Privatkapitalismus sprach, gerieten die Unternehmer, ihre schreibenden Syndici und ihre Wortführer im Parlament in Aufregung. Verlagen des Privatkapitalismus — das rührte an die heiligsten Grundsätze, die da heißen: Der Privatkapitalismus ist die denkbar beste Wirtschaftsform, der Privatkapitalismus arbeitet rationeller als der Staat und jede gemeinwirtschaftliche Unternehmungsform, der Privatkapitalismus bringt Segen über das Volk. Man kennt sie schon, diese Redensarten vom Privatkapitalismus.

Verlagen des Privatkapitalismus — das versieh gegen den Mythos vom Führertum der Großunternehmer und Großverdiener, das eben damals seine größte Macht hatte. Damals erhob sich Stinnes im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags, um den Segen der Privatwirtschaft und die Erlösung des deutschen Volkes durch Hugo Stinnes den Großen zu verkünden. Er hatte den Vertrag mit dem Marquis von Lubersac abgeschlossen, der ihm gewaltige Profite an den deutschen Reparationszahlungen sichern sollte, und nun verkündete er die große, durch ihn bewirkte außenpolitische Wendung. Und nach ihm nahm Helfferich das Wort, um höhnisch die sozialdemokratische Behauptung vom Verlagen des Privatkapitalismus zu widerlegen. Seine Rede wurde zu einem Hymnus auf Stinnes und die Wunder des privatkapitalistischen Systems.

Segen der Privatwirtschaft durch Stinnes! Das deutsche Volk hat den Segen der Privatwirtschaft seither erfahren. Aber die Unternehmer leiten aus dem Märchen vom Segen der Privatwirtschaft Ansprüche ab. Ansprüche gegen das Volk und den Staat. Sie fühlen sich als „die Wirtschaft“. Sie denken an eine große Zweiteilung: auf der einen Seite „die Wirtschaft“ — auf der anderen Seite das Volk und den Staat. Das Volk, die Massen der Arbeiter und Angestellten, gehören für sie nicht zur „Wirtschaft“. Ihr Wirtschaftsbegriff überträgt den Herrn-im-Hause-Standpunkt des brutalen Unternehmers gegen die Arbeiterschaft auf das Verhältnis von Unternehmer und Volk. „Die Wirtschaft fordert, die Wirtschaft verlangt, hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft müssen andere Forderungen zurückstehen“ — das ist A und O ihrer Stellung zum Volke. Sie meinen: die Unternehmer fordern, die Unternehmer verlangen.

Woraus gründen die Unternehmer diese Forderungen, diese überhebliche Annäherung gegenüber dem Volke? Was können sie, was leisten sie für das Volk? Wie steht's mit dem Märchen vom Segen der Privatwirtschaft?

Besser zu wirtschaften wollen sie verstehen? Der Zweck des Wirtschaftens ist, das Volk zu versorgen. Wer von ihnen denkt daran? Ihre Versorgung ist erbärmlich, ist unzulänglich, ist für sie nur eine Nebenfunktion ihrer Dividendengquetschen. Versorgen — aber natürlich, versteht sich, sich selbst versorgen, nach den brutalsten Anschauungen des Unternehmers, der in einem Atemzuge von seinem nächsten Weckend in Heringsdorf erzählt und sich darüber entrüstet, daß ein qualifizierter Angestellter, mit 220 Mark nicht auskommen kann.

Besser wirtschaften als der Staat, besser als gemeinwirtschaftliche Unternehmungen? Keine staatliche Bureaucratie kann die Bureaucratie der Großunternehmungen übertrumpfen! Versteht sich, die Bureaucratie der leitenden Stellen. Insofern Direktoren in der Landbank, von denen jeder ganze 150 000 Mark Kapital zu verwalten hat!

Man weiß heute schon, wie es um die Genialität des Unternehmertums bestellt ist. Es ist nicht genial im Versorgen des Volkes, es ist nur genial darin, dem Volke Sorgen zu machen. Es kann nur wirtschaften, wenn das Volk ärmer dabei wird. Es versteht trefflich, anderen wegzunehmen, um sich zu bereichern, aber es versteht nicht, Werte zu schaffen. Beweis: der Weltlauf um die Sachwerte. Beweis: die Ausplünderung des Mittelstandes. Beweis: das Verschlimpern des technischen Ausbaus der Unternehmungen, der Rationalisierung und Intensivierung der Produktion.

Segen der Privatwirtschaft? Krise in der Inflationszeit, Krise in der Deflationszeit. Segen der Privatwirtschaft? Hunger in der Inflationszeit, Hunger in der Deflationszeit!

Segen der Privatwirtschaft? Liegt er etwa in den hohen Preisen? Hohe Preise bedeuten Einschränkung der Lebenshaltung, Rückgang des Absatzes, Verengung des Marktes, Unmöglichkeit der Ausdehnung der Produktion, kurz: schlechte Versorgung und rückläufige Entwicklung der Volkswirtschaft. Mit den hohen Preisen hat das Unternehmertum uns in die Krise gesteuert. Nicht einmal unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft können die Lobredner des Privatkapitalismus einigermaßen anständig wirtschaften.

Hohe Preise — das ist die ganze Weisheit der Unternehmer, hohe Preise, damit die Dividenden hoch sind. Dividende sind für sie der sichtbare klingende Segen der Privatwirtschaft. Aber nicht einmal diesen Segen der Privatwirtschaft verstehen sie zu verwirklichen. Die Dividenden bleiben aus — in Folge der hohen Preise — und die Pleite droht. Sie droht den größten von ihnen. Sie droht sogar Stinnes. Der wollte den Segen der Privatwirtschaft über das deutsche Volk bringen und es befreien. Jetzt muß die deutsche Volkswirtschaft 90 Goldmillionen festlegen, um die Stinnesleute aus ihren privatkapitalistischen Nöten zu befreien.

Und doch Matteotti-Feiern.

Bekräftigung der Nordstelle.

Rom, 12. Juni. (WIB.) Die Parteigenossen und die Witwe Matteotti haben auf der Stelle, wo Matteotti ermordet worden war, Kranzspenden niedergelegt. In der Kirche Santa Maria del Popolo fand gestern ein Requiem statt, dem auch die Witwe Matteotti beiwohnte. Die einzelnen politischen Parteien hielten besondere Gedenkfeiern ab.

Faschistenterror am Gedenktag.

Rom, 12. Juni. (WIB.) Nach einer hier eingegangenen Meldung wurde vorgestern in Turin die Arbeiterkammer von Unbekannten, die nachts in das Lokal eingebrungen waren, zerstört. In Livorno wurden zwei Straßenbahnen, die kommunische Kräfte in den Wagen angehängt hatten, geschlagen und einige Kommunisten verhaftet, die im Besitze verbotener Propagandaschriften waren. In Brescia wurde das Popolariblatt (kathol.) wegen eines Artikels über Matteotti beschlagnahmt. In einer Fabrik wurde die Arbeit für 10 Minuten eingestellt zum Zeichen des Gedenkens für Matteotti, ebenso in einem Straßenbahndepot in Genua.

Satyrspiel: faschistisch-bolschewistische Freundschaft!

Moskau, 12. Juni. (Russ. Tel.-Agentur.) Die drei italienischen Minenkreuzer „Leone“, „Pantera“ und „Tigre“ werden um den 25. Juni in Leningrad erwartet. Sie werden anschließend auch Helsingfors und andere baltische Häfen besuchen.

Die Arbeitermehrheit in Neu-Südwaales.

Sidney, 12. Juni. (Durch Funkpruch.) Das Wahlergebnis von Neu-Südwaales steht nunmehr fest: Die Labour Party erhielt 45 Stimmen, die Nationalistische Partei 32, die Fortschrittliche Partei 9 und die Unabhängige Partei 3 Stimmen. Premierminister wird Abg. Lang, früherer Straßenbahner.

Über wenn die Dividenden fallen, weiß der Privatkapitalismus ein bequemes Mittel, um sie wieder zu erhöhen: den Druck auf die Arbeiterlöhne. Aber das ist auch so eine privatwirtschaftliche Genialität: die Löhne werden gedrückt und die Dividenden steigen doch nicht.

Die Unternehmer können aber noch mehr: wenn die Dividenden nicht steigen, trotzdem die Arbeiter hungern müssen, so macht man den Betrieb zu und wirft die Arbeiter auf die Straße.

Wenn es so weit ist, schreien die Unternehmer, die Propheten des Segens des Privatkapitalismus, nach Staatshilfe, nach Schutzzöllen. Auf einer Konferenz christlicher Bergarbeiter redete ihnen der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch ins Gemisshen:

„Manche glauben ja nun, man könne nochmals ohne Rücksichten und ohne Arbeit einen bequemen Ausweg aus der unangenehmen Lage finden. Die Möglichkeit sollen ihnen Zölle bieten. Mancher glaubt, eine solche Schutzmauer um Deutschland errichten zu können, daß er in deren Schutz seine guten deutschen Handelsleute so ausbeuten kann, daß er mit wenig Arbeit gut auskommt. Auch dieser Weg wird nicht gangbar sein. Wir können Zolltarife als Ruhebett für nicht bedenkende und nicht leistende Betriebsleiter nicht gebrauchen.“

Wo ist also der Segen des Privatkapitalismus? Was können die Unternehmer? Sie können das Volk nicht versorgen, sie können ihm kein anständiges Einkommen, kein anständiges Brot geben. Was wollen die Unternehmer? Niedrige Löhne, weil sie glauben, daß dann die Dividenden steigen, teureres Brot für die Arbeiter durch Schutzzölle.

Der Segen des Privatkapitalismus besteht darin, daß er dem Volke kein Brot geben kann. Nicht nur kein Brot, nicht einmal — Wasser. Beweis: die ungläubliche Miswirtschaft der privaten Charlottenburger Wasserwerke. Sie sollten der Bevölkerung Wasser geben, aber die Aktionäre hielten Dividende für nötiger als Wasser. Sie bewilligten sich in offener oder versteckter Form riesige Dividenden und nahmen Bücherpreise — aber sie verschlampen den technischen Ausbau der Werke und die Anpassung der Leistungsfähigkeit an die steigenden Ansprüche. Die Aktionäre haben ihr Schäfflein ins Trockene gebracht — aber Charlottenburg sitzt auch trocken.

So sieht die Versorgung durch den Privatkapitalismus aus. Nicht einmal Wasser kann er anständig und zureichend liefern!

Mehr Bescheidenheit deshalb, ihr Herren Privatkapitalisten, etwas weniger hohe Töne! Euer „Segen“ kommt dem Volke teuer zu stehen.

Moskau für Ruth Fischer.

Gegen Scholem — Kay — Rosenberg.

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale hat eine lange Entscheidung angenommen, die „die falsche Taktik der Minderheit der Zentrale der KPD. verurteilt“. Die von der Zentrale beschlossene Politik, so wird weiter ausgeführt, stelle keine Politik der Koalition mit der Sozialdemokratie dar. Es sei aber notwendig, die „Taktik des Wandrierens zu erlernen“ und sich an die Spitze der antimonarchistischen Bewegung in Deutschland zu stellen, sonst werde der Einfluß der KPD. auf die Arbeiter zurückgehen. Die Wahl Hindenburgs (die von der kommunistischen Zentrale herbeigeführt worden ist. Red. d. B.) bedeute eine ungeheure monarchistische Gefahr und die Gefahr neuer Kriege. Der Kampf müsse also geführt werden unter der Parole: „Gegen die Monarchie!“, „Gegen die Offensive des Kapitals!“, „Gegen einen neuen Krieg!“

Gegen die Gruppe Kay-Scholem-Rosenberg wird ausgeführt:

Die Art, wie die Gruppe Kay, Scholem und Rosenberg die Frage stellt, reduziert sich auf die Behauptung, daß es den Kommunisten gleichgültig sei, ob Monarchie oder bürgerliche Republik und auf die praktische Ablehnung des

Wandrierens in der gegebenen Situation. Dieser Standpunkt hat mit Bolschewismus nichts gemein.

Die Art des Auftretens der drei genannten Genossen und ihrer Gruppe auf dem 3. K. hat die Partei gehemmt, die notwendigen Lehren aus den Ereignissen zu ziehen, und die praktische Durchführung der Beschlüsse gestört.

Die monarchistische Regierung müsse man stürzen. Dagegen könne man einer eventuellen Regierung der republikanischen Koalition versprechen, sie nicht zu stürzen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfülle, wie z. B.:

- a) Volle Freiheit der Agitation für die KPD. und andere revolutionäre Parteien.
b) Volle Amnestie für die revolutionären Kämpfer.
c) Säuberung des Staatsapparates von feindschaftlichen und monarchistischen Elementen.
d) Befehlliche Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages.
e) Entschiedener Kampf für den Frieden.

Für einzelne Parlamentsabstimmungen dürfe sich die Partei nicht festlegen. Man könne es unter Umständen unterlassen, gegen eine Regierung zu stimmen, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, um ihr die Möglichkeit zu geben, eine Zeitlang zu existieren und um die Gegensätze zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zu vertiefen.

Der Beschluß bedeutet, daß die Kommunisten der Reaktion die unbedingte Bundeshilfe, die sie ihr bisher geleistet haben, kündigen. Im Reich wird das einstweilen keine besonderen Folgen haben, da Hindenburg nun einmal dank der jetzt als falsch erkannten Taktik der Kommunisten gewählt ist. In Preußen aber dürfte die neue Wendung den Deutschnationalen sehr unangenehm sein, da sie, ernstlich durchgeführt, ihnen die Möglichkeit nimmt, mit Hilfe der Kommunisten eine neue Krise herbeizuführen.

Auch sonst stellt der Moskauer Beschluß einen beachtenswerten Erfolg der sozialdemokratischen Politik dar. Immer wieder stellt sich heraus, daß die sozialdemokratische Kritik an den kommunistischen Arbeiten berechtigt war, immer wieder müssen die Kommunisten Taktik, Parolen und Führer wechseln, ewig gleich bleibt nur die Schimpferei auf die Sozialdemokratie.

Jahrelang haben die Kommunisten dem sozialdemokratischen Kampf gegen Monarchismus und Kriegsgefahr die Parolen von der verfallenen Demokratie, von der Räteherrschaft, vom revolutionären Krieg gegen die Entente entgegengestellt. Nachdem sie der Sozialdemokratie in diesem Kampf bisher stets in den Rücken gefallen, wollen sie sich in ihm nun auf einmal „an die Spitze stellen“.

Denkfähige Arbeiter können aus diesem Hin und Her nur den Schluß ziehen, daß das ganze kommunistische Treiben Unsinn ist, und daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, die weiß, was sie will, und die zum Schluß doch immer wieder Recht behält: die Sozialdemokratie.

Die Umsatzsteuer der „Freien Berufe“.

Das Reichsfinanzministerium hat dem Reichstag den Entwurf einer Verordnung über die Befreiung der Angehörigen der Freien Berufe von der Umsatzsteuer vorgelegt. Hiernach sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1925 ab Privatgelehrte, Künstler und Schriftsteller von der Umsatzsteuer befreit sein, sofern der steuerpflichtige Umsatz im Kalendervierteljahr den Betrag von 1500 Reichsmark nicht übersteigt.

Es ist erfreulich, daß das Reichsfinanzministerium endlich seinen jahrelangen Widerstand gegen die Befreiung der freien Berufe von der Umsatzsteuer aufzugeben scheint. Daß die Grenzen, die bezüglich des Personenertrages und der Höhe des steuerpflichtigen Umsatzes gezogen werden, den Notwendigkeiten entsprechen, möchten wir bestreiten. Auch diejenigen Angehörigen von freien Berufen, die wie Rechtsanwälte und Ärzte teilweise mit fremden Arbeitskräften arbeiten, sind, sofern der Umsatz nicht hoch ist, ebenso unbillig mit der Umsatzsteuer belastet, wie die Künstler, Schriftsteller und Privatgelehrten. Die Ausdehnung der Befreiung auch auf diese Gruppe ist notwendig.

Es besteht die Pflicht des Vergebens, aber sie dehnt sich nicht auf den Reulosen aus. (Korrektes Christentum! D. Red.)

Jedermann ist besorgt um gute Landstrassen. Amerika muß amerikanisch bleiben.

Nicht alle, die daran gehen, ein erfolgreiches Geschäft zu tätigen, sind Profitmacher.

Für den Igniter oder den Pessimisten ist kein Platz. Mit Jörn und Entrüstung erfüllt uns die Entdeckung, wie die Habgier ihre Rechte über die öffentlichen Beamten auswirft und die hohen Regierungsstellen für den privaten Profit käuflich werden. (Reiner Schäfer.)

Es kann schließlich nicht gesehnet werden, daß ein Igniter oder Pessimist unter dieser lieblichen Blütenlese präsidialer Weltwehlei nur hilflosen Schaden anstiften würde. Auch gewährt der unerschütterliche Glaube an Cals blauen Sentenzenhimmel das beste Unterpfand völligen Untertanenglücks unter der Regierung des patriotischen Präsidenten. Es ist darum groß und weise gehandelt, wenn der Große Vater in Washington seine Kinder lehrt, wie sie denken sollen, denn — wie die Roschne und das große Geschäft es wollten, hat ja der ehrsame Cal seinen Wigwam im Weißen Hause durch die Kampagne mit Glanz und Gloria hindurchgerettet.

Anständige Mädchen.

Im Mittelalter hat man das Evangelium der Menschentebe durch grausame Bestialitäten durchzusehen versucht. Die Apostel Gottes bedienten sich der Mittel jenes, den sie austrotten zu wollen vorgaben: des Teufels. Die Betätigung des Bösen unter Anrufung des Guten, diese Sektentorruption mit der Entschuldigung der Ehrlosigkeit ist mit den Hengenderbrennungen nicht ausgestorben. Das Prinzip hat sich erhalten.

An der Wiener Universität haben Hakentanzdemonstrationen stattgefunden. Wir wissen es lange, daß so trumm gar keine jüdischen Rufen sein können, wie die Bege ihrer antisemitischen Bekämpfer zu sein pflegen. Immerhin wandten diese die Energien ihrer verstorbenen Leidenschaft bislang vornehmlich gegen die andersartigen oder wenigstens andersgesinnten Männer. Dieses Verfahren hatte insofern keine Mängel, als man zuweilen auf freitbaren Widerstand stieß. Dieser ist in viel geringerem Maße von Frauen zu befürchten. Die Wiener Studentinnen haben dies scharfsinnig erkannt und in ihren Kampf gegen alles Unedelmische nach den langen Rufen der Männer die kurzen Haare der Frauen einbezogen. Die Wiener Studentinnen haben sich entrüstet gegen den Publikopf ihrer Kolleginnen gemohnt und deren Trägerinnen geprügelt und an dem Rest ihrer Haare gezerrt. Da muß man freilich sagen, daß es wahr ist, daß die blonden Gretchen der alten Deutschen wallendes Haar trugen. Da sie keine Gefahr liefen, von den Rinnefängern an ihnen gezerrt zu werden, war das ein leichtes. Aus den Rinnefängern sind Rüpel geworden. Dort wurde nur eine Mode, hier eine Bestimmung gewechselt. Ein anständiges Mädchen, haben die Oberschichten Wiens gerufen, läßt sich die Haare nicht schneiden. Sondern nur die Cour, haben sie gemeint, und sei es selbst von unanständigen Studenten. Vielleicht ist der Publikopf tatsächlich nichts Schönes. Er ist in jedem Fall ein

Aus Dresden meldet uns der Draht, daß dort Genosse Edmund Fischer seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt, nachdem ein Nervenzusammenbruch ihn seit kurzer Zeit in ein Sanatorium gebannt hatte.

Edmund Fischer war einst eine der Hoffnungen der deutschen Sozialdemokratie, ein außerordentlich begabter und fleißiger Arbeiter an sich selbst. Im Jahre 1864 in Darmstadt geboren, wurde er Holzblüdhauer. Als solcher wurde er in der sozialdemokratischen Bewegung heimisch. Schon mit 28 Jahren trat er in die Redaktion der Frankfurter „Volksstimme“ ein (1892), aber bereits ein Jahr später siedelte er nach Dresden über, wo er als Redakteur an unserem dortigen Parteiblatt bis 1898 tätig war. Dann gab er ein selbstständiges Wochenblatt „Der arme Teufel aus der Oberlausitz“ heraus, ein Musterbeispiel für eine volkstümliche, den Bedürfnissen der armen Bevölkerung und der Agitation für sozialistische Ideen gleichermaßen entsprechende Werbepublikation. Eine Reihe von Jahren gehörte Fischer dem Gemeinderat in Briesnitz bei Dresden an. Sein praktischer Blick in Verbindung mit einem inneren Bedürfnis, den Dingen auf den Grund zu gehen, liehen ihm die große Bedeutung sozialistischer Gemeindepolitik rechtzeitig erkennen. Einen sehr wesentlichen Teil seiner weiteren schriftstellerischen Arbeit hat er gerade diesem Betätigungsfeld gewidmet.

Sein umfangreiches und viel gelesenes Buch „Das sozialistische Werden“ bietet noch heute eine Fülle von Material und Anregungen, es legt aber auch Zeugnis ab von dem großen Fleiß und der Begabung dieses Mannes aus der Arbeiterklasse. In der Periode von 1898 bis 1906 und dann von 1912 bis 1918 gehörte Edmund Fischer als Vertreter des Wahlkreises Zwickau dem Reichstag an. Nach der Revolution war Fischer einige Zeit Mitglied der sächsischen Regierung und wurde dann Direktor der Sächsischen Landesanstalt für Gemeinwirtschaft sowie Redakteur der „Sächsischen Gemeindezeitung“.

Erst 61jährig, hat er jetzt vorzeitig die Arbeit verlassen, in der er Ausgezeichnetes für das arbeitende Volk geschaffen hat. Die Partei betrauert seinen tragischen Tod und wird seine kenntnistreiche Mitarbeit schmerzlich vermissen.

Knüppel-Kunzes Ende.

In der Vertretertagung des Landesverbandes Groß-Berlin der Deutschsozialen Partei kam es, wie berichtet wird, zu stürmischen Ausritten. Ein Teil der Vorstandsmitglieder und der Ortsgruppenleiter verlangte von Richard Kunze, daß er sich um die Herbeiführung einer Vereinheitlichung der völkischen Bewegung angesichts der Lage der Deutschsozialen Partei bemühen solle, was Kunze aber ablehnte. Darauf erklärte eine große Anzahl von Vertretern ihren Austritt aus der Deutschsozialen Partei, um sich den Völkischen der Richtung Graefe-Wulle anzuschließen.

Neue Klaute an der Börse.

Erfolgslose Interventionen.

Die Auswirkungen der gestern stärker fühlbaren Interventionen haben sich nicht lange behauptet. Nachdem noch die Nachbörse neue Kursbefestigungen gegenüber den bereits erhöhten offiziellen Schlussnotierungen brachte, war man heute bereits wieder zu Gewinnmaßnahmen geneigt, die bei Beginn des Verkehrs einiges Angebot auf den Markt brachten. Das Niveau der ersten offiziellen Kurse lag daher um einige Prozent unter den höchsten Sätzen der erhaltenen Donnerstag-Börse. Tägliches Geld nannte man mit 7 bis 9 Proz. Monatsgeld mit 9 1/2 bis 11 Proz. Gegenüber den schwachen Kursen der Dividendenpapiere lagen heimische Staatsanleihen bei höchsten Umsätzen verhältnismäßig fest. Die Schutzbondsanleihe wurde nördlich mit über 5,0 genannt, später 4,90, während Kriegsanleihe auf angebliche Käufe von Großbankseite vorübergehend den Kurs von 0,400 erreichte, später 0,385. Einige Nachfrage bestand ferner für verschiedene Kolonialpapiere, namentlich Diamant. Am Devisenmarkt erlitt der französische Frankenturs eine neuerliche erhebliche Einbuße. London/Paris gab im Laufe des Vormittags bis auf 100,60 nach, London/Brüssel schloß sich ihm mit einem Kurs 102 1/2 an.

harmloses Modelispiel. Die Wiener Rückstücker haben schon dieser Belanglosigkeit den Charakter eines verhöhten Fortschritt-Symptoms beigemessen, dessen Bekämpfung auch eine Gewalttat gegen Frauen wert ist. Es ist leicht zu ermessen, welcher Taten sie fähig sind, sobald es sich um wichtigere Signale einer neuen Zeit handelt. H. B.

Wenn es zu heiß ist. Die große Hitze, unter der wir in den letzten Tagen zu leiden haben, wird von vielen als geradezu unerträglich hingestellt. Was würden diese empfindlichen Naturen aber erst sagen, wenn sie dazu verurteilt wären, in New York zu leben? Der Felsboden, auf dem diese Stadt erbaut ist, wirkt wie ein leibhaftiger Wärmespeicher, und die reflexlos aus Eisen und Stahl erbauten Häuser bewirken überdies, daß auch nach dem Untergange des Tagesgestirns keine Minderung der Temperatur zu verzeichnen ist, da die Eisenmassen die während des Tages aufgespeicherte Hitze in der Nacht intensiv ausströmen. So kommt es, daß in New York die Nächte noch unerträglich sind als die Tage. Selten ist zwischen Tag- und Nachttemperatur auch nur ein Unterschied von zwei bis drei Grad festzustellen. Die Atmosphäre im Innern der Häuser macht das Ainen zu einer Qual, und die Laken des Bettes, auf dem man Ruhe sucht, sind glühend heiß. Um dem zu entgehen, nimmt man zu verschiedenen Mitteln seine Zuflucht. Am häufigsten geht man überhaupt nicht ins Bett. Man besteigt den Zug, um nach Long-Island zu fahren und dort die Nacht im Sande des Strandes an den Fluten des Atlantischen Ozeans zu verbringen. Andere ziehen es vor, das Auto zu besteigen, um in einem Wald am Hudson-Fluß zu nächtigen, wieder andere begeben sich an Bord der Bergnigungsdamper, um sich dort etwas Kühlung zu verschaffen. Wer zu Hause bleibt, vermeidet es, sein Bett aufzuliegen, und legt sich in die Badewanne. Aber das kalte Wasser wird nur zu bald warm, und so vergeht die Nacht damit, daß die Wanne immer wieder abgelassen und neu gefüllt wird. Vom Glück befinden sich in jeder Wohnung Ventilatoren, die man Tag und Nacht in Bewegung hält, um sich wenigstens die Vorstellung einer Luftbewegung zu verschaffen. In den Klubs, den Theatern, Kinotheatern und anderen Vergnügungsorten sind riesige Eisblöcke auf hohen Gerüsten aufgeschichtet, die die stickige Luft wenigstens einigermaßen erträglich machen. Immerhin kann man es den armen Ballettmädchen nicht verdenken, die, wie kürzlich gemeldet wurde, in ihrer Verweilung über die Hitze im Opernhaus auf die Straße stürzten, um sich in dem Bassin eines öffentlichen Platzes ein wenig abzukühlen, wofür die Polizei allerdings kein Verständnis hatte, denn sie sorgte dafür, daß die Mädchen hinter Schloß und Riegel kamen.

Ein Stück, um das man sich reiht. Die Erzelle, die bei der jüngsten Aufführung von Arnold Bronnens „Erzelle“ durch den Verein der „Jungen Bühne“ stattgefunden haben, waren eine gute Bekanntschaft für das Stück und haben es zumeist gebracht, daß sich in Berlin allein drei Bühnen, das Festungstheater, die Goethebühne und das Deutsche Theater, darum bemühen, das Stück für die kommende Saison ein Recht zu bekommen. Auch die Hamburger Kammertheater haben das Stück bereits erworben.

Kohle — Gas — Petroleum. Auf der Jahresversammlung des Gas-Ingenieurvereins in London teilte ein Ingenieur mit, daß er ein Verfahren entdeckt habe, monach Kohle ohne Rauchbildung in Gas verwandelt werden könne. Es ist ihm möglich, als Nebenprodukt Petroleum zu gewinnen, das mit Leichtigkeit in Benzin umgewandelt werden könne. Die Vorkundungen des Ingenieurs haben großes Aufsehen hervorgerufen.

Die Maximen des ehrsamten Cal.

Von Richard Rainer.

Die Amerikaner haben sich lange vergebens abgemüht, ihren Präsidenten zu ergründen. So haben sie ihn schweigsam genannt, weil er nichts zu sagen wußte, und tief, weil er sich stets ängstlich verschlossen hielt.

Das ist nun mit einem Schlage anders geworden. Nicht daß „honest Cal“ plötzlich in strahlender Beredsamkeit erspränge, doch scheint es immerhin, daß der Präsident in den stillen Stunden der Nacht hinter verschlossenen Türen den Mund aufgetan hat zu erquicklichem Selbstgespräch. Der Druck aber hat seine Bemerkungen legt allen guten und prosperitätsgläubigen Republikanern und schlechten, nörglerischen Republikanern zugänglich gemacht, und sie können sich darüber den Kopf zerbrechen, die hundertprozentigen wie die Minderwertigen.

Ein Mr. Tompson aus Chicago hat bei der Autorchaft des Mr. Coolidge Pate gestanden und sein Buch „Adequate Breoit“ getauft, was man am besten „Kurze mit Würde“ übersetzt. In der Tat gibt es kaum einen Anschauungsgegenstand oder Lebensumstand, für den dieses Brevier für Businessmen nicht die nötige Würde bereithält. Damit die ratbedürftigen Wallstreetseelen bei ihrer notorischen Geschäftigkeit keine Zeit zu verschwenden brauchen und die Entscheidungsmünze ihres Präsidenten immer griffbereit haben, sind die Gedanken nach den Grundfragen kaufmännischer Organisation an einer alphabetischen Schnur aufgereiht: Amerika, Bolschewismus, Charakter, Enttäuschung, Presse, Weltfragen, Wohlstand und so. Das Bändchen mißt 122 Seiten, und es ist ersichtlich, daß man sich in der Tat einer außerordentlichen Kürze befleißigen muß, wenn man darin über dies alles und noch einiges andere mehr etwas sagen will.

Doch laßt uns, mit dem Vorgeschnack der sublimen Sentenzen eines staatsmännlichen Esprits vom Geblüte La Rochefoucaulds auf der Zunge, die „Weisheit“ des Präsidenten mit andächtigen Jügen einschließen:

Amerika ist immer noch das Land der günstigen Gelegenheit. Ohne eine gesunde, produktive und gutverdienende Landschaft kann kein wirklicher Wohlstand bestehen.

Gegenüber der öffentlichen Autorität muß ungeteilter Gehorsam gefordert werden.

Nicht alle, die an der Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes arbeiten, sind Bolschewisten oder (!) Feinde der Gesellschaft. Paffet jedermann arbeiten. Lohnende Beschäftigung ist der Lebensstöß für den Bolschewisten wie für den Profitmacher.

Es gibt keinen sicheren Weg zum Untergang als charakterlosen Wohlstand.

Revolution und Profit gehen Hand in Hand.

Der Rollenüberstuf muß ein beständiger bleibe. Erziehung will meinen, die Menschen zu lehren, nicht was sie denken, sondern wie sie denken sollen.

# Recht und Menschlichkeit.

## Eine Kundgebung der sozialdemokratischen Ärzte.

Gestern Abend fand im Lehrerseminar eine Versammlung der Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte statt, in der das Thema gegen Unrecht und Willkür in den Gefängnissen behandelt wurde. Der Saal war überfüllt. Als erster Redner ergriff Dr. Kronfeld das Wort, er sprach über die Lebens- und Gesundheitsgefährdung der Straf- und Untersuchungsgefangenen bei den herrschenden Zuständen im Justiz- und Gefängniswesen.

Unter dem Mantel der Objektivität verbirgt sich, so führte er aus, die politische Einstellung der Staatsanwaltschaft. Der bekannte Geheimrat des Ministers für Volkswohlfahrt, der den nichtbeamteten Ärzten mangelhafte Gewissenhaftigkeit vorwirft, stellt eine unerhörte Beleidigung des ganzen Ärztestandes dar. Unparteilich ist scheinbar nur, wer zugunsten der Staatsanwaltschaft sein „sachmännisches“ Urteil abgibt. Zweifellos ist Herr Geheimrat Kroner verantwortlich für den Geist des ganzen Erlasses, über den sich die Ärzte deshalb besonders aufregen, weil sie immer wieder neue Opfer sehen. Nicht immer handelt es sich um Todesfälle. Körperliche Erkrankungen sind häufig die Folge der Unterernährung. Man kann sagen, daß relativ die eigentliche Strafverfolgungsbehörde humaner vorgeht als die Untersuchungsbehörde. Gewiß tragen ein großes Maß von Schuld alle jene Gefängnisärzte, die nun, wie besonders im Fall Höfle, den Erlaß rein formalistisch auslegen, aber die Hauptschuld liegt zweifellos bei den Urhebern. Wir können die Untersuchungsbehörde nicht ganz entschuldigen, aber sie zu erleichtern ist notwendig und möglich. Will hierzu der Minister für Volkswohlfahrt geeignete Vorschläge hören, so darf er sich freilich nicht an seine Geheimräte wenden, sondern er muß sich mit jenen Stellen in Verbindung setzen, die tatsächlich informiert sind. Ferner ist zu fordern: Kranke müssen wie Kranke in Krankenhäusern behandelt werden. Die Hauptfrage ist freilich, daß man derartige Krankenhäuser der unmittelbaren Leitung durch die Justizverwaltung entzieht; aus sicherheitstechnischen Gründen kann man nicht alle Kranken in städtische Krankenhäuser unterbringen. Schließlich wendete sich Herr Dr. Kronfeld noch gegen die beamteten Ärzte, deren Ausbildung erklarerweise nur unvollständig sein kann. Nach Ansicht der Richter weiß der Kreisarzt alles an besten, und auf ihn bezieht man sich viel lieber, weil der natürlich aus erklärlichen Gründen nur allzu häufig dem Staatsanwalt nach dem Munde redet. Die Selbsttäuschung der Juristen zugunsten der Wissenschaft nimmt hierbei bisweilen geradezu groteske Formen an, aber eine Wissenschaft, die sich eine solche Behandlung gefallen läßt, verdient sie auch. Vor allen Dingen ist die Zurücknahme des Geheimerrlasses zu fordern, denn erst dann besteht Aussicht, daß die Haft in unseren Gefängnissen langsam so wird, wie sie mindestens sein muß.

Als nächster Redner sprach Felly Fehendach über die Praxis des Strafvollzugs. Es gibt drei Strafarten: Feltung, Gefängnis und Zuchthaus. Aber die Praxis unterscheidet ebenso viele Arten, als es Justizverwaltungen der Einzelländer gibt.

Fehendach belegte dann an einzelnen Beispielen die unerhörte Grausamkeit mit der der Strafvollzug in Gebrauch, in einem Zuchthaus, gehandhabt wurde. Das Seelenleben des Gefangenen begegnete völliger Verständnislosigkeit. Theoretisch wurde zwar Erziehungsstrafvollzug ausgeführt, praktisch jedoch Vergeltungsstrafvollzug. Es fehlt im Zuchthaus an pädagogischer und psychologischer Leitung vollständig, und es ist erklärlich, daß viele Menschen allein deshalb zugrunde gehen müssen. Schlimm steht es auch mit der Beschäftigung der Gefangenen, das Tüchtelwesen und das Säckelwesen bildet keinen Gefangenen für einen Beruf aus, außerdem pfuscht man dadurch den Heimarbeitern ins Gewerbe. Unterrecht und die hygienischen Verhältnisse sind unter aller Kritik. Das neue Strafgesetzbuch bleibt so ein Torso, solange wir nicht einen neuen einheitlichen Strafvollzug haben, der nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Kultur bestimmt wird. Zum Schluß kam Dr. Paul Bosener als Jurist zu Wort, er forderte, daß die rein formalen Voraussetzungen bei Verhaftungen in Zukunft in Wegfall kommen und daß bessere Beschwerdemöglichkeiten geschaffen werden. Wenn die Voruntersuchung geschlossen ist, kann jede Untersuchungsbehörde beliebig lange dauern, und es liegt auf der Hand, wie diese Möglichkeit bisweilen ausgenutzt wird. Außerdem sind nicht nur die medizinischen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen der bei uns sehr schnell verhängten Untersuchungshaft zu bedenken. Er schloß mit der Forderung, daß den Juristen mehr Möglichkeit gegeben wird, das Leben in seiner ganzen Vielfältigkeit kennen zu lernen.

In der Diskussion ergriff u. a. Genossin Adele Schreiber das Wort, sie sprach die Hoffnung aus, daß auch die Frauen sich in Zukunft mehr um die Rechtspflege und ihre Auswirkungen kümmern müssen und sie stellte weiterhin die Forderung, daß der Kranke unter keinen Umständen mehr als der Feind der Gesellschaft behandelt wird. Ferner sprach der Kommunist Klauer und suchte mit unwahren Behauptungen die Versammlung irreführen. Seine Äußerungen wurden richtiggestellt. Ein Zwischenruf machte ihn auf die russischen Gefängnisse aufmerksam, in denen Sozialisten als politische Gefangene von Kommunisten festgehalten werden. Der kommunistische Redner drückte sich um eine Stellungnahme zu diesem ihm peinlichen Zwischenruf herum und forderte die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland. Genosse Fehendach trat ebenfalls für diese Forderung ein, verlangte aber auch die Freilassung der sozialistischen Gefangenen aus den bolschewistischen Kertern Rußlands. Als dann diese erweiterte Forderung von der Versammlung angenommen wurde, wagte der Kommunist Klauer nicht dafür zu stimmen. Die Entschließung forderte weiter die Zurückziehung des berüchtigten Geheimerrlasses und fordert zur Bildung eines Kartells auf, das alle republikanischen Männer und Frauen umfaßt, um in gemeinsamer Arbeit auf humane Gestaltung der Rechtspflege hinzuwirken.

## Die Berliner Wassernetz.

### Charlottenburg an das Berliner Netz angeschlossen.

Dank des schleunigen Eingreifens der Behörden ist, wie bereits gemeldet, eine vorübergehende Verbindung zwischen den Charlottenburger und den städtischen Berliner Wasserwerken dahin zustande gekommen, daß bis auf weiteres Berlin die Charlottenburger Werke durch Abgabe von Trinkwasser unterstützt. In der Kanalarbeit in Charlottenburg, wo das Berliner und das Charlottenburger Leitungssystem eng beieinander liegen, ist gestern Abend bereits ein 300 Millimeter weites Verbindungsrohr gezogen worden und im Laufe der Nacht haben die Berliner Wasserwerke alles getan, um durch vermehrte Druckabgabe das Charlottenburger Netz aufzufüllen. Es war natürlich nicht möglich, mit Hilfe dieses schwachen Rohres, so große Mengen in die Charlottenburger Leitung zu pumpen, doch nun mit einem Schlage der Wassermangel behoben werden konnte. Durch die neue Verbindung können die Berliner Städtischen Werke täglich nur 4000 bis 5000 Kubikmeter Wasser an die Charlottenburger Werke liefern. Das erscheint nicht sehr viel, doch muß man bedenken, daß auch die Berliner Wasserwerke gegenwärtig alle Reservemotoren in Betrieb haben, um den erhöhten Anforderungen ihrer Abnehmer zu genügen, und daß ferner die erhöhte Wasserabnahme in der Kanalarbeit am Rande des Berliner Versorgungsgebietes liegt, an einer technisch ungünstigen Stelle, an der einmal nur Wasserrohre von geringsten Dimensionen verlegt sind und an der infolgedessen auch der Wasserdruck kein übermäßig stark sein pflegt. Trotzdem hat Berlin durch Zuschaltung von Reservepumpen es möglich gemacht, den Druck dort zu erhöhen und soviel Wasser abzugeben, als in den Kräften der Berliner Werke steht.

Diese Maßnahme kann jedoch die allgemeine Kalamität bei den Charlottenburger Werken nicht beheben. Helfen kann nur die Verschmelzung der Charlottenburger und der Berliner Werke zu einem einheitlichen Großbetrieb unter kommunaler Leitung. Nichts hat so schlagend das Versagen der auf privatwirtschaftlicher Grundlage im öffentlichen Interesse arbeitenden Werke bewiesen, als das jetzige katastrophale Versagen der Wasserversorgung. Die Zahlen, die wir heute morgen veröffentlichten, zeigen, in welcher Weise die städtischen Werke vorgearbeitet haben, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, sie zeigen aber auch, wie die großen Ueberhöfe der Charlottenburger Werke verwendet worden sind. Die unentwegten Privatwirtschaftler sind selbstsam still geworden. Es scheint, als ob ihnen bei aller Wassernetz die Felle gar zu schnell davonschwimmen.

## Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer für die Theater.

In der städtischen Finanz- und Steuerdeputation fand gestern die immer wiederkehrende Vernehmung der Herren Sachverständigen statt. Alle marschierten sie auf und jammerten. Man hat noch nie gesehen, daß einer dieser Herren nicht jammert hätte. Diesmal waren die Klagen ganz besonders stark. Die Stadt soll helfen. Sie soll am liebsten die Lustbarkeitssteuer überhaupt abschaffen, oder wenn sie das nicht will, dann soll sie sie in den Sommermonaten ermäßigen. Man weiß nicht, wor es die Höhe oder die Ermäßigung, die als Folge dieser Ermäßigungsstrategie der Herren Theater- und Filmindustriellen bei der hohen Finanz- und Steuerdeputation sich bemerkbar machte. Man hörte und hörte und am Ende bewilligte man tatsächlich den Sprechtheatern, die jetzt schon den niedrigsten Satz der durch Reichsrahmengesetz zugelassen ist, nämlich 10 Proz., zu versteuern, für die Sommermonate bis zum 15. September einen weiteren Nachlaß von 5 Proz. Keiner der bewilligungsfreudigen Mitglieder der Deputation konnte sagen, womit die Stadt das dadurch entstehende Loch stopfen soll. Es hat auch bis heute keiner der Stadtverordneten aus nachweisen können, wo die Stadt in ihren Ausgaben sparen könnte. Trotz allen Gelächers, daß in bestimmten Wirtschaftskreisen, die sich einbilden, alle wirtschaftliche Erkenntnis in Erbpacht genommen zu haben, über die angebliche Verschwendungssucht der Stadt erhoben wird, hat noch keiner der Leute, die diesen Kreisen nahe stehen, auch nur einen einzigen ernst zu nehmenden Vorschlag auf Streichung im Etat machen können. Im Gegenteil, alle kommen sie fast ohne Ausnahme mit Anträgen auf Mehrausgaben. Jeder weiß, daß die Mittel, z. B. für Schulbauten, für Straßenverneuerungen — um nur diese beiden Dinge zu nennen — im Etat vollkommen unzureichend sind und daß Millionen noch eingeleitet werden müßten, wenn Berlin nur das leisten sollte, was nach den Jahren der Instation unbedingt geleistet werden muß. In einer solchen Situation hält die Finanz- und Steuerdeputation es für richtig, aus-

gerechnet bei der Vermögenssteuer unter den Mindestsatz der Reichssteuergebung zu gehen. Die Steuer herabzusetzen, ist leicht; man wird sehen, ob es am 15. September so leicht sein wird, zu dem alten Satz zurückzukehren. Es war infolgedessen nicht nur der Ältester, der diesem Bestreben der Deputationsmitglieder, möglichst populär zu sein, energisch entgegentrat. Noch sind wir lange nicht so weit in Berlin, daß wir der Fülle von Aufgeboten gerecht werden, die die Gemeinde zu lösen hat. So lange wir soweit nicht sind, geht es nicht an, die Vermögenssteuer zu ermäßigen.

## Auf „Kintins“ Spuren.

### Eine Mahnung für Hundebesitzer.

Eine interessante Hundegeschichte beschäftigte das Amtsgericht Berlin-Mitte. Wenn der Fall an sich zwar unansehnlich ist, so mag er aber deshalb hier Platz finden, um manchen der Leser, die auch im Besitze eines solchen „Bierführers“ sind, vor ähnlichen Unannehmlichkeiten zu warnen. Ein Herr K. war im Besitze von zwei Hunden. Weil er ihnen zuweilen etwas Freiheit gönnen wollte, ging er mit ihnen ohne Maulkorb und Leine in den Hof hinunter, damit sie sich austollten. Auf diesem Hof tummelten sich in gleicher Freiheit meist noch mehrere Hunde. Sehr angenehm mag das den Mietern, mit Ausnahme der Hundebesitzer, wohl nicht gewesen sein; denn erstens steht es dem Hund nicht an der Nase geschrieben, ob er bissig ist, und dann wird der Hof durch die Tiere nicht sauberer. Einem Hausbewohner, der den Hof überqueren mußte, fehlte ein Hund des K. eines Abends nach und sahte ihn in den Mantel. Da der Hund allein, ohne Aufsicht, im Hof war und somit nicht zurückgerufen werden konnte, wehrte ihn der Angegriffene mit einem Riemen ab. Zu einer späteren Stunde widerfuhr ihm dasselbe, trotzdem der Hund jetzt unter Aufsicht der Tochter stand. Da der Hund nach Angabe des Angefallenen des öfteren Hausbewohner in der gleichen Weise belästigte, erstattete er Anzeige gegen die Tochter. Sie erhielt einen polizeilichen Strafbefehl von 30 Mark, gegen den sie Einspruch erhob und gerichtliche Entscheidung beantragte. Ihr Vater, der als Rechtsbeistand erschienen war, behauptete, der Hund hätte sich oft die Türen selbst geöffnet und wäre dann unbemerkt in den Hof gelaufen. Wegen dieser Unart hätte er ihn jetzt abgeschafft. Da ein erheblicher Schaden nicht entstanden war, endete die Geschichte mit einem Freispruch und einer Verwarnung. Es geben sich viele Hundebesitzer der irrigen Auffassung hin, sie könnten ihre Hunde nach dem Hof ohne Maulkorb schicken. Nach dem Viehseuchengesetz muß aber jeder Hund an einem Ort, der von fremden Menschen begangen wird, durch einen beifährigen Maulkorb gesichert sein. Wer sich also Unannehmlichkeiten ersparen will, möge sich an diesem Fall ein Beispiel nehmen.

## Kommunistendemonstration in Teltow.

Die Kommunisten veranstalteten gestern Abend in Teltow eine Protestkundgebung gegen die blutigen Zusammenstöße vom vorigen Sonntag, wobei bekanntlich eine Person getötet und eine Anzahl weiterer mehr oder minder schwer verletzt wurden. Die Veranstaltung war verhältnismäßig recht schwach besucht. Die Kommunisten Schalem, Schlicht, Rosenberg und Geisler hielten kurze Ansprachen, in denen sie sich höchst überflüssigerweise auch zu unmoderierten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie (1) hinreißen ließen. Gegen 9 Uhr erfolgte der Abmarsch der Züge. Die Polizei hielt sich sehr zurück und griff nur dort ein, wo es ihr nicht zu vermeiden schien. Von einem Fall abgesehen, ist es daher zu Reibungen und Festnahmen nicht gekommen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Ein eigenartiger Zusammenstoß, der glücklicherweise noch glimpflich abgelaufen ist, ereignete sich gestern in Rankow in der Volkankstraße. Aus einer bisher noch unaufgeklärten Ursache fuhr ein Triebwagen der Linie 23 auf einen Belohnungswagen der Firma Gebrüder Podahl, Köpenicker Straße. Der Anprall war so stark, daß der Wagen mehrere Meter weit geschleudert wurde und wiederum ein dort haltendes Fuhrwerk umwarf. Der Kutscher des Belohnungswagens, Schäfer, ebenso der Fuhrmann Fritz Böhl und sein Mitschüler wurden vom Bod geschleudert und erlitten stark blutende Wunden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die „taktischen Differenzen“ im FCB.

Die „rote Fahne“ geht in ihrer Ausgabe vom Mittwoch erfreulicherweise auf unseren Artikel „Der Freie Eisenbahner-Verband am Ende“ ein, den wir in der Sonntagsnummer abgedruckt hatten. Sie schreibt, die „taktischen Differenzen“ im FCB, würden, dessen könnten wir versichert sein, „ausgetragen vor der breiten Masse der Eisenbahner in aller Deutlichkeit“. In Wirklichkeit aber ist die Notiz der „roten Fahne“ nur ein Versuch, den wahren Sachverhalt zu verdunkeln, so daß wir an die Bereitwilligkeit der Kommunisten, den Kampf im FCB vor der breiten Deutlichkeit auszutragen, nicht recht zu glauben vermögen. Daher halten wir es für angebracht, zur Aufklärung der recht dunklen Angelegenheit ein wenig beizutragen.

Zunächst stellt die „rote Fahne“ fest, daß das Stimmenverhältnis bei der letzten Eisenbahnbetriebsrätewahl „zum großen Teil auf die falsche Politik zurückzuführen ist, die die leitenden Genossen des Vorstandes des FCB betreiben“. Aber gerade durch den Kampf der Meinungen im FCB, sollte diese Organisation „trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche“, die hiermit gleichfalls durch das kommunistische Organ zugegeben wird, innerlich gefestigt werden.

Die „rote Fahne“ sucht also den Anschein zu erwecken, als läme es der KPD nur darauf an, den Freien Eisenbahner-Verband „innerlich zu festigen“. Wäre es so, dann würde die KPD, keinerlei Gründe haben, mit der Leitung des FCB unzufrieden zu sein, denn auch diese Leitung hat ja, wie wir schon mitteilen, auf einer Beirats-sitzung beschlossen, Maßnahmen zur Stärkung des FCB zu ergreifen. Der Zentrale der KPD ist auch nicht unbekannt, daß eine andere, im Rat d. V. abgehaltene Beirats-sitzung bereits beschlossen hatte, die Stärkung des FCB durch Errichtung neuer Zahlstellen und Ortsgruppen und durch energische Agitation für den Eintritt in den FCB unter den Eisenbahnern herbeizuführen.

In Wirklichkeit hat gerade dieses Bemühen der Leitung des FCB, diesen Verband als eine selbständige Organisation dauernd zu befestigen, den Unwillen der KPD hervorgerufen. Das Ziel der Zentrale der KPD ist darauf gerichtet, Schmittke und seinen Freunden die Organisation des FCB zunächst zu entreißen, um damit die Vorbereitungen für die Vereinigung mit dem DEB zu schaffen. Abgesehen davon, daß zur Vereinigung mit dem DEB, auch die Bereitwilligkeit des DEB erforderlich wäre, macht die KPD dem FCB gerade den Vorwurf, daß er den Bemühungen der Partei, eine solche Vereinigung mit dem DEB zum Zwecke neuer Zelleneildung innerhalb der freigewerkschaftlichen Organisation vorzubereiten, durch sein eigenmächtiges Festhalten an seiner Selbständigkeit im Wege steht. Im diesem Eigeninn zu brechen, ist es nun nach der Auffassung der Zentrale der KPD in erster Linie notwendig, im FCB eine KPD-treue Opposition zusammenzufassen. Die Maßnahmen zur Etablierung dieser Opposition sind bereits getroffen.

Demnach wird nun die „breite Masse der Eisenbahner“ auch auf anderem Wege auf diese „taktischen Differenzen“ im FCB aufmerksam werden, und zwar durch ein Flugblatt, das jene KPD-treue Gruppe innerhalb des FCB, an die Mitglieder dieses Verbandes richten wird. Auch in diesem Flugblatt werden sich die Gegner der Leitung des FCB, allerdings bemühen, den Kampf nicht als einen Kampf zwischen der KPD und den Führern des FCB, sondern als eine Auseinandersetzung zwischen KPD-treuen und dem KPD-fremden Gruppen im FCB, erscheinen zu lassen. Aber das wird ihnen auf die Dauer nicht gelingen, denn schließlich werden auch die Mitglieder des FCB begreifen, daß es sich dabei um die Befestigung ihrer Organisation handelt, die gegenwärtig ein Hindernis für die politischen Pläne der KPD, mit den Gewerkschaften darstellt.

## Kündigung eines Betriebsrats vor Amtsantritt.

In einem Berliner Betriebe der Metallindustrie wurde ein Erbhmann zum Betriebsrat gekündigt. Während die Kündigungsfrist lief, trat der Erbhmann an Stelle eines durch fristlose Entlassung ausgeschiedenen Betriebsratsmitgliedes als ordentliches Mitglied in den Betriebsrat ein und wurde nach Ablauf seiner Kündigungsfrist ohne Befragung des Betriebsrats entlassen. Der Entlassene betrachtet das als einen Verstoß gegen § 96 BGG und klagte bei der Kammer 8 des Gewerbebezirks auf Welterbeschäftigung. — Der Kläger vertritt den Standpunkt: Wenn er auch vor seinem Eintritt in den Betriebsrat gekündigt wurde, so hätte doch seine Entlassung, nachdem er ordentliches Mitglied des Betriebsrats geworden sei, nicht ohne Zustimmung des letzteren erfolgen dürfen, denn der Sinn und der Zweck des § 96 BGG sei doch der, daß die Betriebsratsmitglieder vor der Entlassung gesichert seien, falls nicht die Betriebsvertretung der Entlassung zustimme oder einer der im Gesetz angeführten Entlassungsgründe vorliege.

Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung: Da der Kläger zur Zeit seiner Kündigung noch nicht Mitglied des Betriebsrats war, so habe er den Schutz des § 96 BGG, der die Kündigung (nicht die Entlassung) von der Zustimmung der Betriebsvertretung abhängig mache, noch nicht genossen, seine Entlassung sei also nicht widerrechtlich erfolgt.

Dies Urteil beruht unseres Erachtens auf einer allzu buchstabengemäßen Auslegung des § 96 BGG, während die Auffassung des Klägers dem Sinn des Gesetzes entspricht, wonach die Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes nur unter besonderen Voraussetzungen statthaft ist, die im vorliegenden Falle nicht vorhanden waren.

## Zum Kampf der Holzarbeiter.

Köln, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die geplante Generalaussperung der Holzarbeiter wirkt auch im Rheinland ihre Schatten voraus. Für Köln ist das Lohnabkommen zur nächsten Woche gekündigt worden. Offiziell verlautet von einer Aussperung noch nichts, doch lassen zuverlässige Informationen der Kölner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes darauf schließen, daß auch die Kölner Arbeitgeber sich dem unsinnigen Beschlusse anschließen werden. Eine große Vertrauensmännerversammlung, in der alle Betriebe vertreten waren, hat am Donnerstag Abend die Abwehrmaßnahmen vorbereitet. Unter den rheinischen Holzarbeitern herrscht eine vorzügliche Stimmung. Sie sind auf den Angriff des Unternehmertums gerüstet. In einer Entschließung bringen sie sogar zum Ausdruck, daß sie sich nicht auf die Abwehr beschränken werden, sondern den ihnen aufgezwungenen Kampf dazu benutzen wollen, um sich menschenwürdige Lohnsätze zu erwirken.

## Kommunisten als Streikbrecher.

Köln, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die von Kommunisten stark durchgeführte Köln-Rheinener Straßenbahn-Betriebswerkstätte, deren Betriebsrat durchweg aus „Oppositionellen“ zusammengesetzt ist, hat sich gegen die von den Kölner Holzarbeitern in den Metallbetrieben durchgeführte Lohnbewegung einen Dolchstoß erlaubt, der diese Gewerkschaftler zu indirekten Streikbrechern stempelt. Seit einiger Zeit streiten die Holzarbeiter in den bekannten Waggonfabriken Linke-Hofmann und Van der Zypen. In diesen Tagen wurden mehrere Waggon zur Anbringung von Beschlägen, eine Arbeit, die sonst von den Holzarbeitern ausgeführt wird, in die Straßenbahnwerkstatt übergeführt. Die in der Werkstatt beschäftigten Schreiner verweigerten die Streikarbeit. Daraufhin hat der „oppositionelle“ Betriebsrat Penner die Schloßer zur Ausführung der Streikarbeit veranlaßt.

Verantwortlich für Politik: Birken Schiff; Wirtschaft: Julius Schwan; Gewerkschaftsbewegung: A. Schneider; Feuilleton: Dr. Johannes Schwanitz; Redakteur: Hermann Schwanitz; Druck: Schmidt in Berlin. Verlag: Bernward-Verlag G. m. b. H. Berlin. Preis: Fernschreiber-Zuschuß und Postgebühren Paul Singer & Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1.



# Lindemann's

werden alles in Erstaunen setzen!

## Emaile \* Porzellan

- Eimer grau, 20 cm . . . 95 Pf.
- Schmortopf 10 cm 95 Pf.
- Kaffeekanne 12 cm 95 Pf.
- Salzmestel weiß . . . 95 Pf.
- Kummen weiß, 16 cm 95 Pf.
- Schüssel flach, weiß, 25 cm 95 Pf.
- Schüssel tief, weiß, 30 cm 1 95
- Leitungsschoner w. 1 95
- Eimer neublau, schwer, 25 cm . . . 1 95
- Bazarwannen grau 33 cm 1 95
- Schüssel mit Napf, weiß, 34 cm . . . 1 95
- Rahmservice 5teilig 95 Pf.
- Dejeuner in bunten Must., Steil 95 Pf.
- 6 Tassen weiß, dünn, mit kleinen Flecken . . . 95 Pf.
- 10 Dessertteller weiß, 19 cm . . . 95 Pf.
- 6 Kuchenteller mit Goldrand, 17 cm . . . 1 95
- 6 Tassen schön, buntes Liniert . . . 1 95
- 6 Teller 24 cm, tief od. flach . . . 2 95
- Kaffeekannen 35 cm 2 95
- 1 Wasserkanne 32 (zus.) 3 95
- 1 Waschschiiss. (cm)

## Aluminium \* Steingut

- Reisebutterdose mit Glaseinsatz . . . 95 Pf.
- 6 Teller glatt, tief oder flach, weiß, zusammen . . . 95 Pf.
- 4 Teller blau, Zulebel, tief oder flach, zusammen . . . 95 Pf.
- 6 Kaffeebecher groß, weiß . . . 95 Pf.
- Satzschüssel 3teilig, weiß . . . 95 Pf.
- Reisespir.-Koch. 1 95
- Reisfeldflasche mit Korablenhaken . . . 2 95
- Butterkühler mit Glaseinsatz . . . 1 95
- Kindereßservice 95 Pf.
- 4teilig, buntes . . . 95 Pf.
- Butterdose m. Schrift 95 Pf.
- 4 Brotplatten weiß 95 Pf.
- 4 Tassen m. Untertasse 95 Pf.
- Satzschüssel 7teilig, weiß . . . 1 95
- Waschkügel weiß, groß 1 95
- Waschbecken . . . 1 95
- Satzschüssel 7teilig, buntes . . . 2 95
- Waschservice 5teilig 3 95
- 2 Messer m. Aluminiumschäft und guter Stahlklinge 95 Pf.

Beginn Sonntag, 13. Juni, früh 9 Uhr

Mengenabgabe vorbehalten Kein Verkauf an Widerverkäufer

## Lederwaren

- Portemohnaie 95 Pf.
- Leider Sporttasche für Hartgeld, Leder . . . 95 Pf.
- Besuchstaschen in verschied. Lederarten 95 Pf.
- Briefstaschen versch. Größen 95 Pf.
- Taschenoiilettes mit Kamm und Bürste 95 Pf.
- Einkaufsnetze für die Handtasche 95 Pf.
- Isolierflaschen 95 Pf.
- Leiter Inhalt . . . 95 Pf.

- Besuchstaschen mit Spiegel 1 95
- Kinderhandtasche mit Spiegel 1 95
- Schein-Tresor f. Damen und Herren (Leder) 1 95
- Schülermappen mit Henkel, Schiene u. Schloß . . . 2 95
- Marktfaschen schwarz und braun 2 95
- Rucksäcke guter Stoff, m. Tasche u. Lederriemen . . . 2 95
- Briefstaschen in versch. Lederarten 3 95
- Aktenmappen Spaltdieder, braun, bes. billig 3 95

## Seifen und Parfümerien

- Blumenseife 12 St. in verschiedenen Gerüchen 95 Pf.
- Badeseife 6 grosse runde Stücke . . . 95 Pf.
- Badeseife 4 St. runde Form 95 Pf.
- Dörings-Eulenseife 3 Stück . . . 95 Pf.
- Oberschal-Seife 5 Stück 95 Pf.
- 1 Paket Persil, 1 Riegel Kernseife und 1 Paket Streichenhölzer . . . 95 Pf.
- 2 Pakete Persil und 1 Paket Soda . . . 95 Pf.
- Schnitzel-Seifenpulver 5 Pakete 95 Pf.
- 1 Odolglas 1 Zahnbürste, 1 Tube Zahncreme zusamm. 95 Pf.
- 1 Fl. Mundwasser und 1 Zahnbürste 95 Pf.
- 1 Gummischwamm und 1 Schwammkorb 95 Pf.
- 1 Zahnbürstenständer mit 2 Zahnbürsten 95 Pf.
- 1 Fl. Birken- oder Brennnessel-Haarwasser 95 Pf.
- 1 Garnitur bestehend aus einem Herren- u. Damenkamm und 1 Staub- und Taschenkamm 95 Pf.

- 1 Garnitur bestehend aus einer Haarbürste Friseur- u. Staubkamm 95 Pf.
- 1 Rasiergarnitur Spiegel, Seifnapf und Pinsel 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste weiß, m. Brett u. Aufhängen 95 Pf.
- 1 Zerstäuber moderne Formen . . . 95 Pf.
- 1 Zahnbürstenständer 1 95
- 1 Fl. Birkenwasser oder Brennnessel-Haarwasser 1 95
- 1 Zerstäuber . . . 1 95
- 1 Rasierapparat Spiegel, Rasierschale zusammen 1 95
- 1 Rasierschale u. 1 Pinsel, 2 Stück Seife . . . 1 95
- 1 Zerstäuber 1 Fl. Kopfwasch, 1 Fl. Eau de Col. 2 95
- 1 Haarbürste f. Damen, weiß Celluloid, hohe Borsten, und 1 weißer Friseurkamm . . . 2 95
- 1 Gummischwamm 1 Schwammkorb, 1 Stück Seife und 1 Seifdose . . . 2 95
- 1 Parfümzerstäub. geschliffen, 1 Fl. Eau de Cologne 3 95
- Toilettengarnitur Celluloid, 5teilig . . . 3 95

- Ein großer Posten Kleiderbügel . . . 30 Stück 95 Pf.
- Ein großer Posten Einkochapparate verzinnt, komplett, mit Thermometer und Kochbuch . . . 750

- Ein großer Posten Marktnetze in Etal . . . Stück 95 Pf.
- Preiswertes billiges Glas 12 Kompotteller gep. . . . . zusammen 95 Pf.
- 10 Kompottschalen . . . . . 95 Pf.

- Ein großer Posten Waschbretter mit starker Einlage . . . Stück 95 Pf.
- Feldklappstühle . . . . . 1 95
- Liegestühle in starker Ausführung . . . . . 6 25

### Hutformen

nicht übersehbar u. andere moderne Geflechtdarten

Serie V Serie IV Serie III Serie II Serie I

4.95 3.95 2.95 1.95 95 Pf.

### Damenhüte garniert

nur gute Qual., mit Blumen, Band od. Phantasie-Garn.

Serie IV Serie III Serie II Serie I

8.95 6.95 4.95 2.95

### Kinderhüte

versch. mod. Strohharten m. hübsch. Garnituren

Serie III Serie II Serie I

3.95 2.95 1.95

### Modellhüte

aus feinstem Material

Serie III Serie II Serie I

14.95 12.95 10.95

Turmstraße 76, Ecke Ottostraße

### Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe

Berlin N24, Elsässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1199

Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4 - Tel. Pratzburg 9831

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

### Frühling Revue

Kleid- u. Hosenstoffe 53 bis billigste Dazugibtalle für

Leid- u. Müßiggang

Waffelpuffe jaßen Obd.

2. Geschäft: Anzengraber-Straße 27

### Berliner Töpferhütte

G. m. b. H.

angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe

Berlin SO.26, Waldemarstr. 14

Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314

Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Oefen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. - Kostenlose helztechnische Beratung.

### Auf Teilzahlung! Herren- u. Damen-Garderobe

fertig und nach Maß

Herren - Anzüge  
Paleots  
Gummimäntel

Damen-Mäntel  
Kostüme, Kleider  
Blusen, Röcke

Kleinste Anzahlung / Geringste Abzahlung

Waren-Kredithaus „Groß-Berlin“

Neukölln, Berliner Straße 107

1. Etage (Eckhaus Hermannplatz)

Ware wird bei Anzahlung sofort ausgehändigt

### Ischias

Spezialbehandlung für Ischias

schwere Fälle leichtig werden. Spezialistenbehandlung, Massage und Elektrotherapie. Arzt, empfohlen. Spezialambulanz 125, 1-11, 1-4, Sonntag 10-12, Januar.

Freiwilligkeitsverein, Damenklub, Herrenklub, Rennschützen, auch gebrochene Federer. Teilzahlung ohne Zinsen. (Hilflos, Kraus, Dr. Franzfurter Straße 25 (Strandberger Weg). 4120

Reisensätze, Sommerpaletots, Gesellschaftsanzüge, formlose Anzüge, launend billig. Stah. früher Windstraße, jetzt nur Hermannstraße 23, 26 und Mariannenstraße 24. 4117

### Der gute Kapitan-Kaufabak

ist in den meisten Dampfergeschäften erhältlich

C. Röcker, Berlin

Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

### Bad Schmiedeberg

Bez. Halle - Bahn Wittenberg-Eilenburg

Eisenmoorbad glänzend bewahrt bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Vollständig renoviert Frauenleiden usw.

Kurzzeit März-Okt. Herri. Waldgeg. Sommerfr. Touristenort, Kurhaus mit Kongresssälen. Preis 15 4. 1926. Badewahl

### Ad. Zimmermann

Fernruf 83 Steglitz Fernruf 83 Lindenstraße 40 und am Wannseehof.

Fahrräder - Kinderwagen Ersatzteile - Reparaturen

### Zeitungsboten

steht sofort ein

Vorwärts

Baerwaldstraße 12.

# Billige weiße Waren!

Blusen aus Vollvoile und Badist 4.95 2 75	Weiß Seidenbatist ca. 115cm br. Mtr. 1 25	Linon für Leib- und Bettwäsche, 80 cm breit, Mtr. 90, 78 Pf.	Kleid aus weißem Waschkrepp mit feinem Streifen . . . 4 95
Kasacks aus Vollvoile mit großen Fichus . . . . . 9.75 6 95	Weiß Panama für Sportblusen für Mtr. 1 65	Mako-Batist für Wascherwecke 80 cm breit, Mtr. 1,50 1 10	Kleid aus Vollvoile mit Blumen und Knopfgarnierung . . . 8 75
Röcke aus weißem Cheviot mit mod. farb. Streifen . . . . . 7.75 5 95	Schweiz. Vollvoile weiß Mtr. 1 45	Hemdentuch starkfädig . . . Mtr. 58 Pf	Unterkleider aus Kanariendün-Trikot . . . . . 5.75 2 95
Röcke aus weißem Cheviot, glatt und plisziert . . . . . 12.75 8 50	Weiß Ripsleinen für Kleider . . . Mtr. 1 75	Weiß Tischdecke m. Künstlerdruck Stck. 1 95	Spielhöschen u. Rosenkittel 2.95 in viele Ausführung. 1 95
Badekappen Gummi Stück . 95 Pf. 58 Pf.	Weiß Opal doppelbreit . . . Mtr. 1 75	Weiße Tischtücher mit kl. Fehl. 120/130cm, St. 2 95	Damenstrümpfe Seidenfarb, viele Farben, Paar 1 25
Badetrikots Gr. 55, mit farbige, 8 Stück 1 35	Waschseide 2 95 (Kleider Mtr. 3.95)	Rohseide 2 95 (Kleider, Mtr.)	Damenhemd mit Langelle . . . Stück 1 25
Frottierhandtuch weiß 45/100 cm Stück 1 45	Engl. Toll-Vitrage Mtr. 55 Pf.	Kleig. Morgenhaube m. Spitzen- u. Bandgarn. St. 95 Pf.	Prinzeßbrock mit Hochsaum . . . Stück 3 45
Badelaken guter Kräuselstoff 8 Stück 2 95	Etamine kariert . . Mtr. 58 Pf.	Opal-Blusenkr. runde Form St. 95 Pf.	Herr.-Eins.-Hemd alle Größen . . . Stück 2 90
	Gardinen volle Breite Mtr. 85 Pf.	Opal-Kasakweste m. Spitz u. Band 1 45	Biedermeierkissen weiß gebl. 90 Pf.
	Schelb.-Schleier engl. Tüll, P. 95 Pf.		Kissen weiß, mit blauer Gebl. bestickt . . . . . 1 25
	Schelb.-Schleier Elam. Paar 1 10		Spitzendecke mit Lech- stückerei 1 35
	Künstl.-Gardinen 3teilig 3 95		

## Hermannfeld

NEUKÖLLN-HERMANNSTR. 210